**C01** Life ist super nice, da, wo man den Goldring trägt! Life ist nicht so nice, da wo man den Krieg erlebt!

| | |
|---|---|
| Gremium: | Landesvorstand |
| Beschlussdatum: | 19.08.2026 |
| Tagesordnungspunkt: | 6 Antragsberatung |

## Antragstext

Im Sudan tobt seit 3,5 Jahren der Krieg. Der Konflikt zwischen den Generälen Abdel Fattah Al-Burhan, der die sudanesischen Streitmächte (SAF) befehligt, und Mohammed Hamdan Daglo, Chef der Miliz „Rapid Support Forces“ (RSF), hat bereits über 150.000 Menschen das Leben gekostet. 14 Millionen Menschen wurden vertrieben, fast 30 Millionen Menschen sind von Hunger betroffen.

Dieser Konflikt, der von der UN als größte humanitäre Krise auf der Welt eingestuft wurde, erhält international erschreckend wenig Aufmerksamkeit. Insbesondere im europäischen Bewusstsein gerät der Krieg häufig in den Hintergrund und findet meist nur dann kurzzeitig Beachtung, wenn es zu einer neuen Welle der Gewalt kommt. Das Muster ist dabei stets dasselbe: ein kurzer Aufschrei, gefolgt von Schweigen. Thematisiert werden vor allem die humanitäre Dimension des Konflikts, sowie sicherheits- und migrationspolitische Aspekte.

Die mangelnde Aufmerksamkeit für den Krieg im Sudan geht mit einer vereinfachten Darstellung des Konflikts einher: er wird häufig als Bürgerkrieg beschrieben, als komplexer Kampf zwischen zwei Generälen. Diese Beschreibung ist nicht falsch, aber unvollständig. Externe Akteure spielen seit Ausbruch des Krieges eine zentrale Rolle in der Entwicklung des Konflikts und üben Einfluss auf die Kampfhandlungen aus. Allen voran stehen die Vereinigten Arabischen Emirate, aber auch Saudi-Arabien, Ägypten, Äthiopien, Russland, China, Großbritannien, die USA und die EU sind auf unterschiedliche Weise in den Konflikt involviert. Verbindendes Element dieser externen Einflussnahmen sind fast immer wirtschaftliche Interessen, insbesondere am Zugang zu Ressourcen wie Gold oder Gummi Arabicum, aber auch an Rüstungsexporten und Ölhandel.

**Das Problem mit dem Gold**

Gold spielt im Sudan-Krieg eine zentrale Rolle. Das Land ist reich an Goldressourcen und das Edelmetall ist eine wichtige Einnahmequelle, die den Krieg am Laufen hält. Internationalen Berichten zufolge erzielen militärische Akteure täglich Millionen von Dollar aus goldbezogenen Aktivitäten. Vor allem die RSF-Miliz finanziert sich über illegalen Goldhandel mit den Vereinigten Arabischen Emiraten. Sudanesisches Gold wird über Nachbarländer wie den Tschad oder den Südsudan in die Emirate geschmuggelt und von dort in alle Welt exportiert. Im Gegenzug unterstützt Abu Dhabi die RSF mit Waffen, allem voran mit Hightech-Dronen, und Emirati-Unternehmen investieren in sudanesische Goldminen.

Durch den Export aus den Vereinigten Arabischen Emiraten findet sudanesisches Gold seinen Weg nach Europa. So taucht beispielsweise im „Responsible Raw

Materials Report“ der Volkswagengruppe für das Jahr 2024 eine zu dieser Zeit von der RSF kontrollierte sudanesische Goldraffinerie auf.

Die Europäische Union hat im Juli 2026 ein umfassendes Gold-Embargo gegen den Sudan verhängt. Das Handelsverbot soll helfen, die Kriegsfinanzen der rivalisierenden Armeen auszutrocknen. Auch der Export in den Sudan von Stoffen, die für die Förderung von Gold nötig sind, wird untersagt. Damit hat die EU sudanesisches Gold offiziell als Kriegsfinanzierungs-instrument benannt und ein wichtiges Zeichen gesetzt. Allerdings wird dieses Sanktionsregime kaum etwas an den Handelsströmen ändern. Rohgold wird typischerweise nicht direkt aus dem Sudan in die EU geliefert. Stattdessen landet fast alles im Sudan produzierte Gold, mehr oder weniger direkt, in den Vereinigten Arabischen Emiraten. Dort wird es umdeklariert oder zu Schmuck verarbeitet und anschließend nach Europa exportiert.

Die Vereinigten Arabischen Emirate sind für die EU einer der wichtigsten Verbündeten in der Golfregion, als Öl- und Gaslieferant, aber auch als geopolitischer Partner. Seit 2025 verhandelt die EU-Kommission ein Freihandelsabkommen mit dem Golfstaat. Stellungnahmen oder Sanktionen gegen die Emirate für ihre Einflussnahme im Sudan hat es bisher von Seiten der EU darum noch nicht gegeben.

**Gummi Arabicum nicht übersehen!**

Eine weitere wichtige Ressource im Sudan-Krieg ist Gummi Arabicum. Gummi Arabicum wird aus Akazienbäumen gewonnen und in zahlreichen Produkten verarbeitet, beispielsweise in Coca-Cola, Energydrinks, Keksen, Kosmetik, Medizin oder Farbstoffen. Im Sudan werden 80% des weltweiten Gummi Arabicum-Bedarfs produziert. Auch Gummi Arabicum wird seit Ausbruch des Krieges geschmuggelt, vor allem von der RSF, denn die Miliz kontrolliert die Haupterntegebiete. Mittlerfirmen kaufen das geschmuggelte Gummi Arabicum, verarbeiten es beispielsweise zu Emulgatoren und verkaufen es anschließend an (europäische) Großkonzerne. Dass auch diese Ressource zur Aufrechterhaltung des Konflikts beiträgt, zeigt sich aktuell am Beispiel von El Obeid. Seit mehreren Wochen wird die Stadt von der RSF-Miliz belagert, denn sie ist einerseits militärisch von strategischer Bedeutung, andererseits aber auch ein wichtiges Handelszentrum für Güter wie Gummi Arabicum.

**Rüstungsexporte**

Großbritannien exportiert Waffen in die VAE, obwohl bekannt ist, dass diese Waffen an die RSF weitergeleitet werden. Frankreich pflegt mit den VAE eine langjährige Partnerschaft im Verteidigungssektor und exportiert Waffensysteme in die Emirate. Französische Militärtechnologie wird somit in Emirati-Panzern verarbeitet, die anschließend im Sudan verwendet werden. Dies stellt einen Verstoß gegen das seit 1994 bestehende EU-Waffenembargo gegen Sudan sowie gegen das UN-Waffenembargo für die Region Darfur dar.

Diese Beispiele zeigen, dass der Krieg im Sudan keine Tragödie ist, die sich weit entfernt von uns Europäer:innen abspielt und mit der wir nichts zu tun haben. Im Gegenteil – gerade wegen wirtschaftlicher Interessen ist der Konflikt für externe Akteure ein regelrechtes Geschäftsmodell. Die wirtschaftlichen Verstrickungen Europas und Deutschlands werden dabei medial wenig beleuchtet und von politischen Entscheidungsträger:innen kaum thematisiert.

Darum fordern wir:

- Mehr Transparenz über die wirtschaftlichen Verflechtungen deutscher Unternehmen mit dem Sudan und über die Herkunft sudanesischer Güter innerhalb ihrer Lieferketten. Diese Transparenz muss über die bestehenden Transparenzpflichten der EU- und UN-Waffenembargos sowie des EU-Gold-Embargos hinausgehen. Um Transparenz zu gewährleisten und nachvollziehbar zu machen, sind wirksame Kontroll- und Rechenschaftsmechanismen vonseiten der deutschen Bundes- und Landespolitik erforderlich.

- Eine klare Stellungnahme der Bundesregierung zur Rolle der Vereinigten Arabischen Emirate im Sudan-Krieg sowie konkrete Maßnahmen gegen die daran beteiligten Akteure und Strukturen. Deutsche politische Entscheidungsträger:innen sollen sich auch auf europäischer Ebene gezielt für Sanktionen gegen Personen und Organisationen einsetzen, die durch ihre Unterstützung der RSF zur Fortführung des Krieges beitragen.

- Die Ausarbeitung wirksamer Maßnahmen gegen den Schmuggel von Gold und Gummi Arabicum über Drittländer nach Europa. Das Beispiel des Goldhandels zeigt, dass Maßnahmen, die sich ausschließlich auf den Sudan beziehen, nur begrenzte Wirkung entfalten können, wenn die entsprechenden Güter über Drittstaaten in den europäischen Markt gelangen. Transnationale Handelswege und externe Akteure müssen darum in die europäischen Kontroll- und Sanktionsmechanismen einbezogen werden.

- Ein sofortiges Einstellen europäischer Waffenexporte in die Vereinigten Arabischen Emirate. Wenn Europa seinem Anspruch der Wahrung der Menschenrechte gerecht werden will, dann müssen Waffenströme, bei denen ein Risiko besteht, dass sie an Kriegsparteien im Sudan weitergeleitet werden, ausnahmslos unterbunden werden.

## Antragsbegründung

Erfolgt mündlich.